

CH_VB 82.465 vom 8. Oktober 1982

Bundesverwaltung, 1982-10-08, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_82.465

FR: CH_VB 82.465 du 8 octobre 1982

IT: CH_VB 82.465 del 8 ottobre 1982

Volltext

8. Oktober 1982 1463 Interpellation Bacciarini lie ausgeschlossen sind. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Sowohl Alleinstehende als auch Familien haben Anspruch auf Zusatzverbilligungen, sofern die anrechenbaren Einkommen den Betrag von 40 000 Franken nicht übersteigen. Bei Familien mit Kindern erhöht sich diese Grenze zudem um 3700 Franken pro Kind. Eine andere Frage ist, ob Alleinstehende im Vergleich zu den Familien bei identischen Einkommen infolge ihres geringeren Wohnraumbedarfs weniger oder überhaupt keine Zuschüsse erhalten sollen. Über eine solche Verfeinerung Hesse sich zweifellos diskutieren, jedoch ist darauf hinzuweisen, dass erstens nach der alten Verordnung generell all jene - auch kinderreiche - Haushalte von Beihilfen ausgeschlossen waren, deren Mietbelastung weniger als 20 Prozent des Einkommens ausmachte. Zweitens müsste auch das Verhältnis zwischen Baukostenlimiten, Einkommensgrenzen und Anfangsmieten neu überdacht werden. Berücksichtigt man nämlich die Tatsache, dass die grundverbilligte Miete des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes (WEG) eine reine Nettomiete ohne jegliche Nebenkosten darstellt, so lässt sich aufgrund der geltenden Baukostenlimiten und der Einkommensgrenzen leicht errechnen, dass auch bei Kleinwohnungen Wohnkostenbelastungen resultieren, die etwa 20 Prozent des Einkommens ausmachen. Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass die absolute Grenze von 20 Prozent im Rahmen der alten Ordnung Alleinstehende tendenziell zur Miete teurer Wohnungen anmiert hat. Es kann deshalb nicht von einer «wenig familienfreundlichen Folge der Verordnung» gesprochen werden. 2a. Mit dem Verbilligungsmodell des WEG werden drei grundsätzliche Ziele der Wohnungspolitik angestrebt. Erstens sollen die heute für den Grossteil der Haushalte zu hohen Mieten von Neuestwohnungen erheblich gesenkt werden. Zweitens wird durch die Ausschaltung der negativen Auswirkungen von Hypothekarzinsschwankungen eine Verstetigung der Mietzinsentwicklung angestrebt. Drittens sollen langfristig die stossenden Ungleichheiten zwischen Alt- und Neuwohnungsmieten etwas eingeebnet werden. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass im heutigen Zeitpunkt mit hohen Kapitalzinsen vor allem das Ziel der anfänglichen Mietzinssenkung recht gut erreicht wird. Im Zuge wachsender Mietzinsnot entspricht dieser Förderungseffekt dem angestrebten Zweck der Bundeshilfe. Von einer dadurch bewirkten starken Konkurrenzierung und Einschränkung des freitragenden Wohnungsbaus kann jedoch nicht gesprochen werden. Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass auch im Rahmen des WEG die Bereitstellung von Wohnungen durch private Anbieter erfolgt. b. Aufgrund des Gesagten gibt es keine WEG-bedingte Verzerrung der Marktsituation. Das WEG trägt vielmehr dazu bei, die heutigen, vor allem inflationsbedingten Verzerrungen des Wohnungsmarktes zu glätten. Zudem ist unter Zugrundelegung einer realistischen Hypothekarsatzentwicklung die Mietzinserhöhung nach den ersten zehn Jahren nicht höher als während dieser Jahre. Wie schon im Rahmen der alten Verordnung gilt ein langfristiger Mietzinsanstieg von durchschnittlich 3 Prozent pro Jahr. Ähnliche oder

erfahrungsgemäss noch höhere Mietzinssteigerungen sind auch im freien Wohnungsmarkt zu erwarten. Auch diese müssen von den «kommenden Generationen» aufgebracht werden. c. Eigentümer und Mieter werden nicht absichtlich über die künftigen Belastungen im unklaren belassen. Die Bauträger sind darüber informiert, dass der jährliche Mietzinsanstieg bei einem langfristigen Hypothekarzinsatz von durchschnittlich etwa 5 Prozent rund 3 Prozent betragen wird. Da sich die Entwicklung der Hypothekarzinsätze jedoch nicht für zehn Jahre voraussagen lässt, den Mietern umgekehrt aber für die ersten zehn Jahre ein fixer Mietzinsverlauf garantiert werden soll, kann für die verbleibenden fünfzehn Jahre der Bundeshilfe zwangsläufig kein exaktes Rechenbeispiel gegeben werden. Liegt der durchschnittliche Hypothekarzinsatz während den ersten zehn Jahren über der gemachten Annahme, so ist in der Restperiode mit höheren Mietzinsanstiegen zu rechnen; liegt er dagegen darunter, so reichen auch geringere Mietzinserhöhungen aus. Im übrigen ist daran zu erinnern, dass gerade von selten der Bauträger die Anregung gekommen ist, in Anbetracht der mangelnden Voraussagbarkeit der relevanten Daten inskünftig auf die Aufstellung von 25jährigen Mietzinsplänen zu verzichten und sich mit der Darstellung überblickbarer Zeiträume zu begnügen. d. Da die Mietzinse auch bei Hypothekarzinssteigerungen nicht unmittelbar erhöht werden, kann davon ausgegangen werden, dass die Mieter in Anbetracht der unbestreitbaren Vorteile des Verbilligungssystems auch in Zeiten fallender Hypothekarzinsen die systembedingten Mietzinserhöhungen verstehen und akzeptieren werden. Sollte jedoch bei ausgesprochen rezessiver Wirtschaftsentwicklung ein weiterer Mietzinsanstieg fraglich werden, so gilt nach wie vor Artikel 40 WEG, wonach die modellbedingten Mietzinssteigerungen vorübergehend auch sistiert werden können.

- Präsidentin: Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt. #ST# 82.465 Interpellation Bacciarini Information der Lehrlinge Informazione per gli apprendisti Information des apprentis Wortlaut der Interpellation vom 24. Juni 1982 Bekanntlich brechen immer wieder Lehrlinge ihre Lehre ab. Dies ist nicht nur zu ihrem persönlichen Nachteil (fehlende Ausbildung und berufliche Qualifikation), sondern auch zum grossen Nachteil der schweizerischen Wirtschaft. Die Eltern wissen oft nichts von der Verschlechterung der Beziehungen zum Arbeitgeber, oder sie vernehmen davon erst, wenn es schon zu spät ist und die Auflösung des Lehrverhältnisses nicht mehr vermieden werden kann. Ich frage den Bundesrat: 1. Auf welche Gründe ist dies zurückzuführen? 2. Meint er nicht auch, man sollte für die Lehrlinge - über Weisungen an die Berufsbildungsämter und allenfalls durch die Veröffentlichung eines «Lehrlingsführers» - eine eigentliche Informationskampagne durchführen? Texte de l'interpellation du 24 juin 1982 Pour autant que je sache, un certain nombre d'apprentis interrompent leur apprentissage, subissant ainsi un préjudice personnel (absence de formation et de qualification professionnelle) et faisant subir également un grave préjudice à l'économie du pays. Souvent, les parents ignorent la détérioration des rapports avec l'employeur ou ils l'apprennent quand il est trop tard et que la résiliation du contrat d'apprentissage est devenue inéluctable. Je demande au Conseil fédéral: 1. D'examiner les causes éventuelles d'un tel état de choses; 2. De dire s'il n'estime pas opportun de lancer une campagne d'information des apprentis en adressant des directives aux offices de formation professionnelle ou, éventuellement, en publiant un «guide à l'usage de l'apprenti». Testo della interpellazione del 24 giugno 1982 Mi risulta che un certo numero di apprendisti interrompono l'apprendistato con pregiudizio personale (mancanza di formazione e di qualifica professionale) e con grave pregiudizio per l'economia del paese. Spesse volte i genitori non conoscono il

deterioramento dei rapporti con il datore di lavoro, o ne vengono a conoscenza quando oramai è troppo tardi e l'annullamento del contratto di tirocinio è irreparabile. Chiedo al Consiglio federale: 1. di appurare quali siano gli eventuali motivi di tale stato di cose; 2. se non ritiene opportuna una specifica azione di informazione degli apprendisti tramite direttive agli uffici di formazione professionale e l'eventuale pubblicazione di una «Guida per l'apprendista». Mitunterzeichner - Cosignataires - Con firmatari: Akeret, Allenspach, Aubry, Barchi, Cevey, Füeg, Girard, Jaggi, Kohler Raoul, Pini (10) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Motivazione scritta L'interpellante rinuncia ad una motivazione e desidera una risposta scritta. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates Rapport écrit du Conseil fédéral Risposta scritta del Consiglio federale Le interruzioni del rapporto di tirocinio non sono rilevate statisticamente a livello nazionale. Per contro inchieste effettuate nei Cantoni di Zurigo, Berna e Ginevra hanno recentemente posto in maggior risalto l'entità numerica ed i motivi di queste interruzioni, nonché informato sull'ulteriore carriera professionale di coloro che hanno interrotto il tirocinio. Stando a questa inchiesta circa un settimo dei rapporti di tirocinio viene sciolto prematuramente. I motivi possono essere, per esempio, i seguenti: difficoltà nell'azienda di tirocinio o nella scuola professionale, errata scelta professionale, cambiamento del luogo di domicilio, motivi di salute, gravidanza, soppressione dell'azienda di tirocinio ecc. La metà scarsa degli apprendisti che interrompono il tirocinio entra nell'attività lucrativa senza una formazione professionale conclusa, circa un quinto termina il tirocinio nella medesima professione e circa un quarto in un'altra professione. Rispondiamo come segue alle due domande: 1. Si devono distinguere due categorie di interruzione del contratto di tirocinio: quelle durante il periodo di prova da uno a tre mesi e quelle dopo questo periodo. Gli apprendisti della prima categoria non costituiscono di regola dei casi problematici. Le cause sono infatti da attribuire perlopiù ad errata scelta della professione oppure ad una situazione di formazione professionale non rispondente alle aspettative. Più gravi sono le interruzioni del tirocinio dopo parecchi mesi o anni di formazione. La mancata informazione dei genitori in merito al deterioramento del rapporto di tirocinio può essere ascritta a diversi fattori. In primo luogo, il disinteresse dei genitori all'andamento della formazione oppure un'indipendenza mal interpretata del giovane. Non mancano comunque gli indicatori che segnalano mutamenti in senso negativo. Ne citiamo due, ancorati nella legge: il rapporto sullo stato di formazione dell'apprendista che il maestro di tirocinio deve redigere semestralmente ed il certificato della scuola professionale che pure va consegnato ogni sei mesi. Lo scioglimento di un contratto di tirocinio non è preso alla leggera dall'autorità cantonale di vigilanza sulla formazione professionale. Si cerca anzi di evitare con tutti i mezzi lo scioglimento del contratto oppure di far proseguire l'istruzione in un'altra azienda. 2. Le interruzioni del tirocinio non sono quindi da attribuire a carenza d'informazione bensì ad un insufficiente contatto e disponibilità al dialogo fra le parti contraenti. Già oggi all'informazione dell'apprendista viene data la dovuta importanza. Quale materiale informativo menzioniamo: il commento al contratto di tirocinio, il regolamento di tirocinio e d'esame, nonché il programma d'insegnamento della scuola. Questa documentazione è consegnata all'apprendista all'inizio del tirocinio. Nell'estate 1981 la «Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz» ha pubblicato l'opuscolo «Vom Schüler zum Lehrling - Was muss ich wissen?» Questo vademecum contiene tutte le informazioni essenziali concernenti il tirocinio ed è utile tanto per l'apprendista quanto per i suoi genitori. Attualmente l'opuscolo in parola è in corso di traduzione nelle altre lingue nazionali. In tal modo, ma anche mediante l'attività degli uffici pubblici d'orientamento professionale viene

data esauriente soddisfazione alla, di per sé giustificata, richiesta dell'interpellante.

Präsidentin: Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt. #ST# 81.538 Interpellation Dirren Tarife für den Autoverlad Transports de voitures. Tarifs Wortlaut der Interpellation vom 9. Oktober 1981 In Berücksichtigung der verkehrspolitischen Lage, der regionalwirtschaftlichen Entwicklung, des Verkehrsmarktes, der Verkehrswegsituation und der Verkehrsinvestitionen kann der Bundesrat bzw. das BAV in Sonderfällen eine Entschädigung an das Transportunternehmen festlegen. Wenn der regionalwirtschaftliche Verkehr über Transportunternehmen und -Varianten mit besonderen Verhältnissen abgewickelt werden muss und dabei trotz unternehmerischer Zielsetzung nicht kostendeckend ist, kann der Bundesrat diese Leistungen teilweise abgelten. Bei der Bildung der Tarife hat der Bundesrat auch auf das volkswirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedürfnis Rücksicht zu nehmen, und deshalb frage ich den Bundesrat an: 1. Ist er bereit zu prüfen, ob der Tarifannäherungsbeschluss auf den Autoverlad ausgeweitet werden kann? 2. Was bestehen für Möglichkeiten, bei der Bildung der Tarife, analog zum Personenverkehr, Ermässigungen für den Einheimischen bzw. Schweizer zu gewähren? 3. Ist er bereit, das Eisenbahngesetz extensiver auszulegen bzw. zu ändern und für die spezifischen Verhältnisse Autoverlad am Lötschberg und an der Furka Mittel aus der Bundeskasse oder der SBB zur Verfügung zu stellen, um diese gemeinwirtschaftlichen Leistungen abzugelten? 4. Ist er bereit, beim Inkrafttreten des Leistungsauftrags SBB 82 diese Tarifvergünstigungen für den Autoverlad sofort zu beschliessen? 5. Sieht er einen Weg, aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens über das neue Transportgesetz bzw. bei dessen Revision, die Rechtsgrundlage zur Gewährung der verbilligten Tarife für den Autoverlad zu schaffen?

Texte de l'interpellation du 9 octobre 1981 Compte tenu de la situation en matière de transports, ainsi que de l'évolution de l'économie régionale et du marché, de l'état des voies de communication et des investissements dans ce domaine, le Conseil fédéral ou l'Office fédéral des transports peut, dans des cas particuliers, fixer une indemnité en faveur des entreprises de transport. Si le trafic régional est effectué par des entreprises spécialisées et par des moyens répondant aux conditions particulières, et n'est, par conséquent, pas rentable malgré les objectifs visés par l'entreprise, le Conseil fédéral peut indemniser partiellement ces prestations.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Interpellation Bacciarini Information der Lehrlinge Interpellation Bacciarini Information des apprentis Interpellation Bacciarini Informazione per gli apprendisti In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1982 Année Anno Band IV Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 15 Séance Seduta Geschäftsnummer 82.465 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 08.10.1982 - 08:00 Date Data Seite 1463-1464 Page Pagina Ref. No 20 010 853 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.